

# Aufruf zu Kundgebung Dienstag 3. Juni 18-19h Kornmarkt

Die Kundgebung in Trier ist angelehnt an den bundesweiten Aktionstag „Die Waffen nieder in der Ukraine! Stopp die NATO!“ vom Bundesausschuss Friedensratschlag.

## Kundgebung für Frieden in der Ukraine

➔ **Solidarität mit den verfolgten AntifaschistInnen!**

➔ **Gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation!**

➔ **Abrüsten und verhandeln statt eskalieren!**



Wir warnen und sind in Sorge angesichts der sich zuspitzenden Krise in und um die Ukraine. Wir sind weder Freunde der Herrschaft des Putin-Systems noch der Expansion von NATO, USA und EU. Aus unseren Überzeugungen, die auf Gewaltfreiheit, Völkerrecht sowie Antifaschismus beruhen, ergeben sich folgende Positionen:

- Wir verurteilen aufs entschiedenste die von den rechten Kräften ausgehende mörderische Gewalt, die sich in der Ukraine mittlerweile tagtäglich gegen Linke, GewerkschafterInnen und Befürworter einer Autonomie ost- und südukrainischer Gebiete richtet. Wir sind entsetzt über Bilder des von Faschisten in Brand gesteckten Gewerkschaftshauses in Odessa, in dem über 40 Menschen ums Leben kamen, und das am 2. Mai, dem Jahrestag der Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten. Wir sprechen den verfolgten AntifaschistInnen in der Ukraine unsere Solidarität aus!
- Wir erteilen ökonomischen und militärischen Interessen sowie einer Machtpolitik, die niemals den Menschen dient, eine klare Absage. So ist die Krim für die russische Kriegsflotte ein zentraler Stützpunkt, den der Westen Russland nehmen wollte. Ölvorkommen vor der geostrategisch wichtigen Krim interessieren multinationale Konzerne. Die EU versucht u.a. mit Freihandelsabkommen Ihren Einflussbereich zu vergrößern.
- Wir halten es für gefährlich den Einflussbereich von EU und NATO auf die Ukraine auszudehnen, wir lehnen eine Verstärkung der NATO-Präsenz in Osteuropa ab.
- Wir kritisieren den Einfluss faschistischer Gruppierungen auf die Ereignisse in Kiew und ihre starke Präsenz in der ukrainischen Übergangsregierung.
- Soziale und gesellschaftliche Probleme der Ukraine sind ungelöst und werden als Vorwand genutzt, um einen eskalierenden Konflikt zwischen Ost und West zu legitimieren: Auf der einen Seite Russlands völkerrechtlich umstrittenes „Referendum zur Unabhängigkeit der Krim“, samt Besetzung durch Russische Streitkräfte. Auf der anderen Seite die unkritische Unterstützung der Übergangsregierung in Kiew durch die EU und USA, die weiterhin die ukrainische Bevölkerung mit Propaganda gegen Russland aufwiegelt und von faschistischen Gruppen in Schlüsselpositionen dominiert wird.
- Wir wenden uns gegen eine Politik der Bundesregierung, die nichts zur Deeskalation des Konflikts beiträgt, ihn vielmehr durch fortgesetzte Einmischungen und die Verfolgung eigener Interessen noch weiter anheizt.

Eine friedliche Bearbeitung und Beendigung des Ukraine-Konflikts ist möglich, ist durch die Einmischung der Großmächte EU, USA und Russland jedoch sehr schwierig. →

**Die Friedensbewegung setzt auf gemeinsame Sicherheit:** In den internationalen Beziehungen, insbesondere in den historisch so belasteten Beziehungen zwischen dem Westen und Russland, müssen die berechtigten Sicherheitsinteressen aller Staaten des „gemeinsamen Hauses Europa“ Berücksichtigung finden. Mit der Osterweiterung der EU und der NATO-Ausdehnung bis nahe an Russlands Grenzen sieht sich Moskau zu recht politisch und militärisch in die Enge getrieben. Die Ukraine darf nicht zum Bollwerk gegen Russland ausgebaut werden, sondern sollte eine Vermittlerposition in der Region einnehmen. Sanktionen des Westens gegen Russland sind das falsche Signal und müssen aufgehoben werden!

**Die Friedensbewegung setzt auf Gewaltfreiheit:** Sehr früh eskalierten die Proteste und schlugen in offene Gewalt um. Eine einseitige Schuldzuweisung an die Sicherheitskräfte der damaligen Regierung verbietet sich angesichts der Beteiligung bewaffneter Formationen in den Reihen der Opposition. Gewaltfreiheit erwarten wir auch von den Regierungen bei der Durchsetzung staatlicher Interessen.

- **Die Friedensbewegung fordert deshalb** eine unabhängige, demokratische Regierung in der Ukraine: Keine weitere Einmischung durch die EU, USA oder Russland!
- **Eine gewaltfreie, auf Deeskalation zentrierte Politik der Großmächte:** Dazu gehört ein Stopp sämtlicher Rüstungsexporte in die Region und die Aufhebung unsinniger Sanktionen!
- **Keine weitere Unterstützung von faschistischen Gruppierungen in der Ukraine** durch EU und USA! Der zunehmende Faschismus in ganz Europa muss bekämpft werden. Von Politik und Medien verlangen wir rhetorische Abrüstung. Sowohl hier als auch in der Ukraine selbst!

**Die Eskalation in der Ukraine führt uns einmal mehr vor Augen: Notwendig ist ein umfassender Abrüstungsprozess in Europa. Verhandeln ist besser als schießen.**

*Wir sind im Namen des Friedens aktiv und widersprechen dabei nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Formulierungen und Parolen.*

*Als Teil der traditionellen Friedensbewegung engagieren wir uns für eine emanzipatorische und demokratische sowie antifaschistische Gesellschaft.*

**Unterstützer des Aufrufs:** Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier, Deutsche Friedensgesellschaft Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Trier, Studenten für den Frieden Trier, SDAJ Trier, Pax Christi Trier ? *weitere Gruppen, Parteien und Gewerkschaften sind angefragt*

**Hintergrundinformationen:** Kooperation für den Frieden (Erklärung zur Ukraine): [www.koop-frieden.de](http://www.koop-frieden.de)  
Informationsstelle Militarisierung: 'Neue deutsche Machtpolitik - Ukraine als Testfall' / 'Beendet das Säbelrasseln': [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de) Friedensratschlag: [www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine1/Welcome.html](http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine1/Welcome.html)  
Bundesweite Friedensaktionen: [www.friedenskooperative.de](http://www.friedenskooperative.de)

Nach einer antifaschistischen Mahnwache für Frieden am 5. Mai 2014, ist dies die zweite Aktion der Friedensbewegung in Trier zum Ukraine Konflikt, wer Interesse hat sich einzubringen bitte bei der AG Frieden melden.

**ViSdp.:** AG Frieden, Markus Pflüger, Pfüthenstraße 1, 54290 Trier, [buero@agf-trier.de](mailto:buero@agf-trier.de) [www.agf-trier.de](http://www.agf-trier.de)